

München, 20.10.2022

Studie belegt eklatanten Lehrermangel - SPD schlägt Maßnahmenpaket vor

Eine faire Bezahlung für Lehrerinnen und Lehrer, bessere Arbeitsbedingungen und eine flexiblere Ausbildung: Nur so lässt sich nach Einschätzung der SPD-Landtagsfraktion der massive Lehrermangel an Bayerns Schulen noch in den Griff kriegen. Das Problem wird in den kommenden Jahren deutlich anwachsen – das zeigt eine im Auftrag der SPD erstellte Studie. „Die Lücke wird jedes Jahr größer“, warnt die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Simone Strohmayr. „Die Prognosen des Kultusministeriums haben mit der Realität an Bayerns Schulen nichts zu tun.“

Ganz offenkundig wird der Lehrberuf immer unattraktiver: Denn immer weniger junge Leute entscheiden sich dafür, ein Lehramtsstudium aufzunehmen – die Zahl der Absolventinnen und Absolventen schrumpfte zwischen 2016 und 2021 um 21 Prozent. Die SPD-Landtagsfraktion will diese bedenkliche Entwicklung mit einem Maßnahmenpaket umkehren – denn für guten Unterricht benötigt man eine ausreichende Zahl an Lehrerinnen und Lehrern.

Kernpunkte des Pakets sind:

- **eine gerechte Bezahlung:** Das Einstiegsgehalt soll bei allen Schularten einheitlich bei A13 liegen. Derzeit verdienen einige Jung-Lehrkräfte fast 700 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen.
- **bessere Arbeitsbedingungen:** Die Arbeitsbelastung ist aktuell viel zu hoch und muss reduziert werden. Erzieher:innen, Sozialpädagog:innen und Psycholog:innen sollen die Lehrkräfte unterstützen – das ist vor allem mit Blick auf den Ganztags-Rechtsanspruch wichtig. Verwaltungsaufgaben sollen reduziert oder an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgegeben werden. Für die Bewältigung der IT-Aufgaben braucht es Systemadministratoren.
- **mehr und flexiblere Ausbildungsangebote:** Die Kapazitäten für das Lehramt an Hochschulen müssen um bis zu 40 Prozent ausgebaut werden, im Referendariat als zweiter Ausbildungsstufe sogar um bis zu 55 Prozent. Die Aufteilung nach Schularten und die strikte Beschränkung auf nur zwei Fächer muss überdacht werden. Zudem soll der Lehrberuf offener für Quereinsteiger sein.

Die Situation ist alarmierend, das belegen die Zahlen aus der Studie sehr deutlich: Demnach müssten bis 2032 rund 70.000 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden. Pro Jahr zwischen 5800 und 6400. Das aber geben die Kapazitäten an den Hochschulen und auch im Referendariat bei Weitem nicht her. Der Gutachter **Mark Rackles** kommt zu dem Ergebnis, dass die Hochschulen in der Lage sein müssten, jährlich 7020 bis 7740 Abschlüsse zu ermöglichen. Diese Zahlen berücksichtigen, dass sich etwa zehn Prozent der Absolvent:innen später gegen ihren erlernten Beruf entscheiden. Aktuell liegt die Kapazität an den Hochschulen bei nur 4460 - sie müsste also um 26 bis 39 Prozent aufgestockt werden. Im Referendariat wären 6380 bis 7040 Plätze erforderlich, 40 bis 55 Prozent mehr als derzeit.

Dr. Simone Strohmayr: „Unsere Schülerinnen und Schüler haben Besseres verdient als eine Mängelverwaltung, die zu Lasten ihrer Bildung geht. CSU und Freie Wähler haben den Menschen jahrelang weisgemacht, es gebe keinen Lehrermangel – und auch nichts unternommen. Das Ergebnis dieser Politik liegt jetzt vor.“

Die komplette Studie finden Sie [hier \(PDF, 4,77 MB\)](#)